

ANZEIGE

HÖHENFLUG
STRAHLENDE STERNE
DER HIMMEL ZUM GREIFEN NAH
ERHABENES GEFÜHL

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ANZEIGE

www.bmw.de Freude am Fahren

DER ANSPRUCH VON MORGEN.
DER NEUE BMW 7er MIT PANORAMA-GLASDACH SKY LOUNGE.
DRIVING LUXURY.

Donnerstag, 15. Oktober 2015 · Nr. 239/42 D2

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, JÜRGEN KAUBE, BERTHOLD KOHLER, HOLGER STELTZNER

2,50 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

Soldaten vertrauen dem Gewehr G36

Lt. BERLIN, 14. Oktober. Die bei Labortests festgestellten Präzisionsmängel des Standardgewehrs der Bundeswehr haben in realen Einsätzen weder dazu geführt, dass Soldaten verletzt wurden oder zu Tode kamen, weil die Waffe nicht zuverlässig funktionierte, noch haben die Soldaten das Vertrauen in das G36 verloren. Dies sind Ergebnisse eines von vier Untersuchungsberichten, über die das Verteidigungsministerium am Mittwoch in Berlin berichtete. Während aus dem vom früheren Grünen-Bundestagsabgeordneten Winfried Nachtwei geführten Kommission überdies verlautete, das Schuss-Szenario, das im Labor die Mängel des G36 zutage treten ließ, sei im Einsatz nur in Extremfällen zu erwarten, stellte eine Untersuchung, die vom früheren Commerzbank-Chef Klaus-Peter Müller geleitet wurde, schwere Organisationsdefizite im Ministerium und den Beschaffungsbehörden fest. Es fehle vor allem an elektronischer Datenverarbeitung, weswegen es der politischen Leitung auch im Fall des G36 unmöglich gewesen sei, sich rasch einen Überblick über den Sachverhalt zu verschaffen. Müller sagte, es sei nicht mehr zeitgemäß, dass die Zahl der Bundeswehrpanzer „von Hand gezählt“ werden müsse, um einen Überblick über die einsatzbereiten Einheiten zu erhalten. (Siehe Seite 2; Kommentar Seite 8.)

Danach kräht kein halber Hahn



Wat willst maache? – Dass von Köln lernen siegen lernen heißen könnte, liegt angesichts einer unordentlichen politischen Lage, des Klüngels, des eingestürzten Stadtarchivs und eines nur ausnahmsweise einmal passabel spielenden FC nicht nahe. Dass der Kölner kaum zu verstehen ist, tut ein Üb-

riges. Dabei ist er von einem Pragmatismus beseelt, dessen Leitsätze einem freundlichen Miteinander zum Sieg verhelfen könnten, wenn man sie nur ins Deutsche und vielleicht noch ins Arabische übersetzte: *Et is, wie et is. Et kütt, wie et kütt* – und: *Et hätt noch immer joot jejang.* Seite 3 Foto Tobias Büscher

Was soll's!?

Von Jasper von Altenbockum

Im Zeichen der Flüchtlingskrise entwickelt sich Angela Merkel noch zum Gerhard Schröder. Sinkende Umfragewerte – was soll's!? Widerstand in der Fraktion – was soll's!? Eine Protestpartei als neue Konkurrenz – was soll's!? Die Kanzlerin hat sich ein Bild von der Lage gemacht, hat eine Entscheidung getroffen, hat sich einen Plan zurechtgelegt, und der wird nun durchgezogen. So hat Schröder seiner Partei die Agenda aufs Auge gedrückt, an der sie noch heute leidet, und so setzt nun auch Merkel ihre humanitäre Agenda in der Union durch. Werden CDU und CSU auch so zu leiden haben wie die SPD unter Gerhard Schröders Version von „Wir schaffen das“? Die Unionsfraktion hat ihre Leidenfähigkeit nun schon bei vielen Gelegenheiten unter Beweis stellen müssen: Wehrpflicht, Energiewende, Frauenquote, Euro-Krise. Diese Wenden beruhen nicht allein auf der Vernunft, dem Kalkül und dem Kopf der Kanzlerin, sondern – die Flüchtlingsfrage hat das stärker zum Vorschein gebracht als alle anderen Revolutionen der Angela Merkel – auch auf Herz, Emotion und großer Risikobereitschaft. Doch bei früheren Gelegenheiten lichtete sich

der Nebel wenigstens so weit, dass ein erstrebenswertes Ziel erkennbar war. Jetzt steht die CDU/CSU-Fraktion zwar so da wie schon oft, als Regierungsfraktion ohne Mehrheit im Parlament, aber es kommt hinzu, dass der Nebel immer dichter, die Ängste immer größer, das Ziel immer undeutlicher wird. Dieses Ziel besteht nicht – das wäre ja noch einfach – in der Bezeugung des massenweisen Zuzugs nach Deutschland, sondern in einem anderen Deutschland.

Auch dazu scheint Angela Merkel zu sagen: Was soll's!? Mit so viel Schicksalsergebenheit will sich ein wachsender Teil der Fraktion und der CDU-Wählerschaft aber nicht abfinden. Der Widerstand entläßt sich jetzt im Streit um die „Transitzonen“. Sie sind nichts anderes als die Möglichkeit, Deutschlands Grenzen dichtzumachen und die Asylverfahren vorübergehend im Schnelldurchgang zu erledigen. Die Kanzlerin will das eigentlich nicht, weil es ihrem Sinn für praktikable und dauerhafte Lösungen widerspricht. Dennoch stimmt sie der Einrichtung solcher Zonen zu, vielleicht mit dem Hintergedanken, dass rechtliche Möglichkeiten nicht gleich Wirklichkeit werden. Vielleicht aber auch deshalb, weil ihr dämmert, dass ihr eine Revolution zu entgleiten droht, als deren Kind sie sich darstellt. Das wird bekanntlich gefressen.

Renzi Italien

Von Jörg Bremer

Der italienische Ministerpräsident Matteo Renzi kann seinen bisher größten Erfolg feiern. Als er im Februar 2014 an die Macht kam, machte er eine Verfassungsreform und die Überwindung des bisherigen Zweikammersystems, das dem Land so sehr geschadet hat, zu seiner Priorität. Jetzt steht er vor dem Ziel, der Senat hat sich tatsächlich selbst entmachtet. Wenn alles gutgeht, und danach sieht es derzeit aus, wird sich die kleinere Kammer des italienischen Parlaments in Zukunft nur noch um die Belange der Regionen und der Kommunen kümmern dürfen. Damit soll die Lähmung des Landes beendet werden, die dadurch entstand, dass über jedes Gesetz gleichberechtigt zwischen Senat und Abgeordnetenkammer so lange verhandelt werden musste, bis über alle drei Lesungen und viele Monate hinweg ein unstrittiger Text gefunden war.

Dennoch war das alte Zweikammersystem kein historischer Irrtum gewesen. Die Verfassungsväter wollten so viel parlamentarische Kontrolle wie möglich; sie strebten geradezu nach einer schwachen Regierung. In einer Nation, die in ihrer gesamten Geschichte gerne Helden gesamt, sollte nach dem Faschismus ein zweiter „Duce“ für immer unmöglich gemacht werden. Deswegen sehen jetzt viele Italiener in der Reform eine Beschädigung der Demokratie. Die Mehrheit aber, und das weit über das Parlament hinaus, erhofft sich von der Neuordnung nicht nur eine stabilere Regierung, die verlässlicher und schneller agieren kann, weil der Gesetzgebungsweg halbiert wird. Italien erwartet vor allem, dass das Vertrauen von Investoren gestärkt wird und die Wirtschaft endlich durchstarten kann. Kleine Erfolge hat Renzi auf diesem Feld immerhin schon vorzuweisen: Die Zahl der Arbeitslosen geht, wenn auch langsam, zurück, die Wirtschaft beginnt zu wachsen.

Aber Renzi muss auch schwere Misserfolge einstecken. Der jüngste liegt gerade erst ein paar Tage zurück: der erzwungene Rücktritt des Bürgermeisters von Rom, Ignazio Marino. Der, ein Arzt mit amerikanischem Pass, war kein politischer Profi; er gehörte dem linken Flügel der Sozialdemokraten an, den Renzi schon immer bekämpfte. Marino wurde zum Verhängnis, dass er mit moralischen Argumenten gegen das mafiose Netz vorging, in dem Bauunternehmer, Lokalpolitiker und Stadtbeamte kommunale Aufträge vergeben, während er sich selbst private Essen von der Stadtkasse erstatten ließ. Genau das soll Renzi als Bürgermeister von Florenz auch getan haben. Überhaupt war es ungewöhnlich, dass Marino bezahlte und Quietungen verlangte, denn bisher ließen sich Bürgermeister und andere Politiker in Italien in Restaurants gratis

aushalten. Der Fall Marino offenbarte vor allem gravierende Fehler in der Partei- und Personalpolitik des Ministerpräsidenten. Renzi gelingt es kaum, mit Personen zusammenzuarbeiten, die mit seiner forschen, auf rasche Schritte ausgerichteten politischen Gangart nicht mithalten können. Anstatt den Bürgermeister zu fördern und einzubinden, ließ Renzi ihn kontrollieren; er versuchte, ihn auf Kurs zu bringen. Der Umgang mit Marino ist das beste Beispiel dafür, wie Renzi Politiker seiner Partei ausbootet, die nicht so smart und flott daherkommen wie er selbst.

Mit einer jungen Truppe erfolgsvorwählter Anwälte und Hoffnungsträger aus Florenz zog er Anfang 2014 in den Palazzo Chigi ein, den Amtssitz

Der Ministerpräsident kommt mit den Reformen voran. Aber schwächt er damit die Demokratie?

des Ministerpräsidenten. Dieser kleine Kreis regiert Italien seither. Ihm gehört unter anderen die Reformministerin Maria Elena Boschi an, die den Umbau des Senats durchgesetzt hat. „Die Boschi“ und Renzi verstehen sich gut, sie sind ein Team. Aber dieses Team ist nicht nur zu klein für das große Italien, es wurde vor allem allein von Renzi geschaffen und ist nicht von den Wählern legitimiert, die Leute wie Marino ins Amt brachten. Die politische Linke in Renzis Partei ist durch Ausgrenzung seitens des Ministerpräsidenten geschwächt, ihre politischen Ideen sind nicht mehr gefragt. Mäkelnde Eulen hätten in seinem Italien keinen Platz, sagt der Regierungschef. So hat Renzi den „Partito Democratico“ zu einer pragmatischen Problemlösungspartei mit einer funktionierenden Spitze gemacht. Deren überkommene Strukturen zerfallen allmählich. Denn Renzi braucht nur Unterstützer, keine Partei.

Im Augenblick führt er Italien damit auf einen guten Weg. Was aber passiert, sollte Renzi plötzlich ausfallen? In Deutschland würde die CDU auch ohne die Parteichefin Merkel weiterleben und womöglich regieren können. In Italien aber würden die Sozialdemokraten ohne Renzi auseinanderbrechen. Dieser Effekt, in der Geschichte des Landes nicht unbekannt, ist auch bei Silvio Berlusconi „Forza Italia“ gegenwärtig zu beobachten. Diese Partei zerfällt mit jedem Tag mehr, den Berlusconi älter wird.

Italien liebt und bewundert charismatische Führer wie Garibaldi, Berlusconi oder nun eben Renzi. Die Entmachtung des Senats ist ein zentraler Schritt, um Italien regierbar(er) zu machen. Aber dieser Reform sollten rasch andere folgen, nicht zuletzt ein Parteiengesetz, das es in Italien immer noch nicht gibt.

In der Union wächst die Unzufriedenheit über Merkels Flüchtlingspolitik

Keine Aussicht auf baldige Einigung über Transitzonen an der deutschen Grenze

ban./elo. BERLIN, 14. Oktober. Eine baldige Einigung über die Einrichtung sogenannter Transitzonen in Grenznähe, in denen innerhalb weniger Tage über ein Asylgesuch entschieden werden soll, ist nicht in Sicht. Solche Zonen verlangt vor allem die bayerische Landesregierung. Zwar hatte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) schon Ende September einen Gesetzentwurf an das Bundeskanzleramt und sechs Bundesministerien mit der Bitte um Stellungnahme bis zum Mittwoch vergangener Woche verschickt. Wie diese Zeitung erfuhr, hat bisher keines der Ressorts eine inhaltliche Stellungnahme ans Innenministerium geschickt. Stattdessen hat der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel Transitzonen am Mittwoch abermals abgelehnt.

In ihnen sollen vor allem Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive rasch wieder abgeschoben werden können. Das betraf vor allem Migranten vom westlichen Balkan. Allerdings teilte die Bundespolizei mit, dass mittlerweile kaum noch Migranten aus den Westbalkanländern oder anderen sicheren Herkunftsstaaten über die deutsch-österreichische Grenze kämen.

In der CDU/CSU-Fraktion hatte es am Dienstag eine heftige Aussprache gegeben. Mehrere Abgeordnete widersprachen der Äußerung Bundeskanzlerin Angela Merkels, Flüchtlinge könnten an der deutschen Grenze nicht zurückgewiesen werden. Der CSU-Abgeordnete Uhl sagte unter Beifall, wenn die Regierung die Staatsgrenze nicht gegen massenhafte

Einwanderung schützen könne, werde sich das Volk eine neue Regierung suchen. An diesem Donnerstag wird es zu einem Fernduell zwischen Merkel und dem bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU) über die Asylpolitik kommen. Die Kanzlerin gibt am Vormittag in Berlin eine Regierungserklärung ab, Seehofer wenig später in München. Die weiterhin große Zahl von Flüchtlingen, die von Österreich nach Bayern kommen, führt dazu, dass Seehofer immer mehr unter dem Druck bayerischer Kommunalpolitiker gerät, die auf die enorme Belastung der Gemeinden und die Grenzen ihrer Möglichkeiten hinweisen. Am Mittwochabend wollte Seehofer sich in Deggendorf mit Landräten und Oberbürgermeistern treffen. (Siehe Seiten 2, 4 und 5.)

Demirtas spricht von Mordplänen des IS gegen ihn

HDP-Vorsitzender: Terroristen sind in die Türkei gereist / Entlassungen nach Anschlägen

tens. ISTANBUL, 14. Oktober. Der türkischen Opposition liegen offenbar Berichte vor, nach denen eine Gruppe von Terroristen des „Islamischen Staates“ (IS) aus Syrien in die Türkei eingereist sein soll, um den Kurdenführer Selahattin Demirtas zu ermorden. Demirtas, Ko-Vorsitzender der „Demokratischen Partei der Völker“, sagte am Mittwoch, man habe entsprechende Warnungen der kurdischen Führung aus Nordsyrien an staatliche Stellen der Türkei weitergeleitet. „Wir versuchen, unsere eigenen Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, aber sie schützen den IS mehr als uns“, behauptete Demirtas. Eine Stellungnahme der türkischen Regierung lag zunächst nicht vor.

Vier Tage nach dem Selbstmordattentat von Ankara, bei dem am Samstag fast

100 Personen umgekommen waren, verkündete die Regierung am Mittwoch die Entlassung des Polizeichefs der Hauptstadt. Auch der Leiter der Sicherheitsabteilung von Ankaras Polizei müsse gehen. Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan, der am Mittwoch am Tatort Blumen niederlegte, hatte zuvor mögliche Fehler staatlicher Stellen eingestanden: „Wir führen einen Staat und sind auch nur Menschen. Jeder von uns kann Fehler machen.“ Forderungen nach Rücktritt der Minister für Inneres und Justiz wies er aber zurück. Geheimdienstkenntnisse deuteten darauf hin, dass der Anschlag „seine Wurzeln“ in Syrien habe, so Erdogan. Die beiden Selbstmordattentäter sollen Verbindungen zum IS gehabt haben. Einer sei ein Bruder des Mannes gewe-

sen, der sich im Juli in der kurdisch dominierten Grenzstadt Suruc in die Luft sprengte und mehr als 30 Menschen mit in den Tod riss. Der andere sei aus Syrien in die Türkei zurückgekehrt, die Polizei habe das aber nicht interessiert, so der Vater eines der mutmaßlichen Täter.

Die Türkei teilte derweil mit, man habe die Botschafter Moskaus und Washingtons einbestellt, um gegen die Unterstützung der syrischen Kurden im Kampf gegen den IS zu protestieren. Es seien „notwendige Warnungen“ ausgesprochen worden, so ein Sprecher des Außenministeriums. Der amtierende Regierungschef Ahmet Davutoglu nannte die amerikanisch-russische Hilfe für Syriens Kurden „inakzeptabel“. (Siehe auch Seite 4.)

Linke: Moskaus Bomben schaffen keinen Frieden

mk./mawy. BERLIN, 14. Oktober. Die neuen Vorsitzenden der Fraktion der Linken im Bundestag, Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, rechnen vor den Landtagswahlen 2016 und 2017 nicht mit Signalen für ein rot-rot-grünes Bündnis im Bund. Im Gespräch mit dieser Zeitung bekräftigten sie, dabei komme es auf die SPD an, nicht auf die Linkspartei; die SPD müsse wieder „sozialdemokratisch“ werden. Sie kritisierten die Militärinterventionen in Syrien, ausdrücklich auch die Angriffe Moskaus. „Bomben schaffen keinen Frieden. Das gilt in Syrien nicht nur für amerikanische, sondern auch für russische Bomben“, sagte Wagenknecht. In der Flüchtlingskrise warfen sie der Regierung „Staatsversagen“ vor. (Siehe Seite 2.)

Krankenkassen müssen Beiträge erhöhen

dc. BERLIN, 14. Oktober. Auf gesetzlich versicherte Arbeitnehmer kommen höhere Krankenkassenbeiträge zu. Nach Berechnungen des Schätzerkreises beim Bundesversicherungsamt wird der durchschnittliche Beitragssatz 2016 um 0,2 Prozentpunkte auf insgesamt 15,7 Prozent des Bruttolohns steigen müssen. Das verlautete aus dem Gremium, das am Mittwoch zu seiner turnusgemäßen Herbstschätzung zusammenkam. Offiziell wird die Beitragsentwicklung demnächst vom Gesundheitsministerium auf Grundlage der neuen Schätzdaten festgestellt. Mit dem Anstieg der Kassenbeiträge nähert sich der Gesamtbeitragssatz der Sozialversicherung wieder der Marke von 40 Prozent. (Siehe Wirtschaft, Seite 15.)

Neue Strategie für EU-Handelspolitik

hmk. BRÜSSEL, 14. Oktober. Nach den europäischen Verhandlungsdokumenten für das TTIP-Abkommen mit den Vereinigten Staaten will die EU-Kommission nun auch die Texte aller anderen laufenden Handelsgespräche veröffentlichen. Das hat Kommissarin Cecilia Malmström am Dienstag bei der Vorstellung der neuen EU-Handelsstrategie in Brüssel angekündigt. Die Dokumente sollen in den kommenden Monaten schrittweise auf die Internetseite der Behörde gestellt werden. Allerdings müssen die Staaten noch zustimmen. Bei neuen Verhandlungen über Handelsabkommen will Malmström von Anfang an größtmögliche Transparenz sicherstellen. (Siehe Wirtschaft, Seite 16.)

Heute

Meine Heimat ist wahnsinnig

Am Sonntag wird in der Schweiz gewählt: Anlass für den Schriftsteller Lukas Bärfuss zu einem Rundumschlag. **Feuilleton, Seite 9**

Clinton, Sanders und andere Wer kandidiert für die Demokraten fürs Präsidentenamt? Die erste Fernsehdebatte der Bewerber zeigt einen Zweikampf. **Politik, Seite 5**

Kardinal Marx in Not Die Kanzlerin trifft ins Schwarze, wenn sie das Christentum für seine Selbstabschaffung verantwortlich macht. **Feuilleton, Seite 11**

James Bond im Sturm Mit Spielfilmen und Serien will Sky Deutschland den Fußballplatz verlassen und zu einem Familiensender aufsteigen. **Wirtschaft, Seite 21**

„Ich war Teil der Heuchelei“ War Dieter Baumann unschuldig? Helmut Digel gibt zum Ende seiner Karriere als Funktionär Fehleinschätzungen zu. **Sport, Seite 27**

Wie du mir, so ich dir Papua-Neuguinea ist ein wildes Land mit dichten Dschungeln, zerklüfteten Bergen – und ungestümen Menschen. **Reiseblatt, Seite R1**

Briefe an die Herausgeber Seite 25

Waffenhändler müssen Geldstrafe zahlen

ceh. LOS ANGELES, 14. Oktober. Eine Jury im amerikanischen Bundesstaat Wisconsin hat zwei Waffenhändler zur Zahlung von fünf Millionen Dollar verurteilt, weil zwei Polizeibeamte mit einer Pistole aus ihrem Geschäft schwer verletzt wurden. Nach den Schüssen hatten die Polizisten das Waffengeschäft verklagt, da es dem minderjährigen Täter die Pistole über einen Strohmännchen verkauft hatte. Viele Juristen hatten die Erfolgsaussichten der Klage anfangs als gering eingeschätzt. (Siehe Deutschland und die Welt.)

